

Brüssel, den XXX  
[...] (2019) XXX draft

## MITTEILUNG DER KOMMISSION

**über die Verlängerung der Leitlinien der Kommission für Regionalbeihilfen 2014-2020,  
die die nationalen Fördergebietskarten zum Gegenstand haben, der Leitlinien der  
Kommission für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen, der  
Leitlinien der Kommission für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen, der  
Leitlinien der Kommission für staatliche Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen  
und der Mitteilung der Kommission über die Kriterien für die Würdigung der  
Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von  
gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt  
ENTWURF**

## MITTEILUNG DER KOMMISSION

### **über die Verlängerung der Leitlinien der Kommission für Regionalbeihilfen 2014-2020, die die nationalen Fördergebietskarten zum Gegenstand haben, der Leitlinien der Kommission für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen, der Leitlinien der Kommission für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen, der Leitlinien der Kommission für staatliche Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen und der Mitteilung der Kommission über die Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt** **ENTWURF**

- (1) Die folgenden Beihilfenvorschriften, die im Rahmen der Initiative von 2012 zur Modernisierung des Beihilferechts erlassen wurden, laufen Ende 2020 aus:
  - Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020<sup>1</sup>, die die nationalen Fördergebietskarten zum Gegenstand haben,
  - Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen<sup>2</sup>,
  - Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen<sup>3</sup>,
  - Leitlinien für staatliche Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen<sup>4</sup> und
  - Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI)<sup>5</sup>.
- (2) Im Interesse von Planungs- und Rechtssicherheit wird die Kommission – parallel zur Vorbereitung einer etwaigen künftigen Aktualisierung der im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts erlassenen Beihilfenvorschriften – in zwei Phasen tätig werden.
- (3) Zunächst wird die Kommission die Geltungsdauer der Beihilfenvorschriften, die andernfalls Ende 2020 auslaufen würden, um zwei weitere Jahre, d. h. bis zum 31. Dezember 2022, verlängern. Anschließend wird die Kommission diese Vorschriften zusammen mit den anderen im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts verabschiedeten Beihilfenvorschriften im Einklang mit ihren Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung bewerten. Die Kommission hat die Bewertung der oben genannten Vorschriften am 7. Januar 2019 in Form einer Eignungsprüfung eingeleitet. Auf Grundlage der Prüfung kann sie künftig entscheiden, ob sie die Geltungsdauer dieser Vorschriften erneut verlängert oder die Vorschriften aktualisiert.
- (4) Da die Eignungsprüfung umfassend angelegt ist und die Ergebnisse nicht vor Anfang 2020 zur Verfügung stehen werden, kann eine Entscheidung über die Gestaltung der Vorschriften für den Zeitraum nach 2020 nicht mehr rechtzeitig getroffen werden, um für die Interessenträger Rechtssicherheit und Stabilität in Bezug auf die Frage zu

---

<sup>1</sup> Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020 (ABl. C 209 vom 23.7.2013, S. 1).

<sup>2</sup> Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (ABl. C 19 vom 22.1.2014, S. 4).

<sup>3</sup> Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 (ABl. C 200 vom 28.6.2014, S. 1).

<sup>4</sup> Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1).

<sup>5</sup> Mitteilung der Kommission – Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt (ABl. C 188 vom 20.6.2014, S. 4).

schaffen, welche Vorschriften nach 2020 gelten werden. Die Verlängerung wird eine sorgfältige Prüfung der Vorschriften ermöglichen und für die Mitgliedstaaten Planungssicherheit und Stabilität in Bezug auf die anzuwendenden Vorschriften schaffen.

- (5) Eine kurzfristige Verlängerung der Ende 2020 auslaufenden Beihilfenvorschriften ist daher angemessen, um eine sorgfältige Prüfung der Vorschriften durch die Kommission zu ermöglichen und für die Mitgliedstaaten und die Interessenträger Planungssicherheit und Stabilität zu schaffen.
- (6) Daher verlängert die Kommission die Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020, die die nationalen Fördergebietskarten zum Gegenstand haben, die Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen, die Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen, die Leitlinien für staatliche Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen und die Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) bis zum 31. Dezember 2022.
- (7) In Bezug auf die nationalen Fördergebietskarten fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, die Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer bei ihr anzumelden. Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, eine Anpassung ihrer nationalen Fördergebietskarte für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 nach der im Folgenden beschriebenen Methode anzumelden. Diese Methode lässt unter bestimmten Voraussetzungen begrenzte Änderungen an den genehmigten nationalen Fördergebietskarten zu.

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen

werden die Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020 wie folgt geändert: Nach Randnummer 178 werden folgende Randnummern eingefügt:

*„178<sup>1</sup> Da die nationalen Fördergebietskarten am 31.12.2020 auslaufen, fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, jede beabsichtigte Verlängerung der Gültigkeitsdauer ihrer nationalen Fördergebietskarte bei ihr anzumelden. Die Mitgliedstaaten dürfen unter den unten genannten Voraussetzungen und nach der unten beschriebenen Methode begrenzte Änderungen an ihrer nationalen Fördergebietskarte vornehmen.*

*178<sup>2</sup> Für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 wird die Kommission bis Juni 2020 eine Liste der NUTS-2-Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP von weniger als 75 % des EU-Durchschnitts<sup>6</sup>, die nicht in Anhang I der Leitlinien aufgeführt sind, erstellen und eine Mitteilung zu den Ergebnissen dieser Analyse veröffentlichen. Die Kommission wird zu diesem Zeitpunkt feststellen, ob diese identifizierten Regionen für Regionalbeihilfen nach Artikel 107 Artikel 3 Buchstabe a AEUV in Betracht kommen, und die Höhe der Beihilfeintensität entsprechend ihres Pro-Kopf-BIP feststellen. Die Kommission wird zu diesem Zeitpunkt auch die Höhe der Beihilfeintensität für die NUTS-2-Regionen anpassen, die bereits in Anhang I der Leitlinien als A-Fördergebiete aufgeführt sind, falls ihr Pro-Kopf-BIP eine höhere Beihilfeintensität rechtfertigt. Wenn die neu identifizierten NUTS-2-Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP von weniger als 75 % des EU-Durchschnitts in der von der Kommission für den Zeitraum 2014-2020 genehmigten nationalen Fördergebietskarte*

---

<sup>6</sup> Auf Grundlage der jüngsten von Eurostat veröffentlichten Pro-Kopf-BIP-Daten in KKS auf NUTS-2 Ebene (Durchschnitt der drei letzten Jahre).

*als C-Fördergebiete bezeichnet werden, wird der Prozentsatz der in Anhang I<sup>7</sup> der Leitlinien angegebenen spezifischen Bevölkerungszuweisung für C-Fördergebiete entsprechend angepasst werden<sup>8</sup>. Die Kommission wird die erforderlichen Änderungen des Anhangs I bis Juni 2020 veröffentlichen.*

*178<sup>3</sup> Ein Mitgliedstaat darf, innerhalb der Grenzen seiner angepassten spezifischen Zuweisung für C-Fördergebiete, die Liste der C-Fördergebiete, die in seiner Fördergebietskarte für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 aufgeführt sind, ändern. Diese Änderungen dürfen 50 % der angepassten Abdeckung mit C-Fördergebieten nicht überschreiten.*

*178<sup>4</sup> Beabsichtigt ein Mitgliedstaaten, seine nationale Fördergebietskarte zu verlängern und/oder aufgrund der Einbeziehung weiterer A-Fördergebiete zu ändern, die Beihilfeintensitäten in bestehenden A-Fördergebieten anzupassen oder C-Fördergebiete auszutauschen, so muss er dies spätestens bis zum 1. September 2020 bei der Kommission anmelden.*

*178<sup>5</sup> Nach Genehmigung der Verlängerung der nationalen Fördergebietskarten bis zum 31. Dezember 2022 können die Mitgliedstaaten beschließen, die bestehenden, auf der Grundlage der vorliegenden Leitlinien genehmigten Regelungen zu verlängern. Jede Verlängerung einer solchen Regelung muss rechtzeitig vor Ende ihrer Laufzeit bei der Kommission angemeldet werden.“*

- Randnummer 174 der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen erhält folgende Fassung:

*„Die Kommission wird die Vereinbarkeitsprüfung für alle Risikofinanzierungsbeihilfen, die vom 1. Juli 2014 bis zum 31. Dezember 2022 gewährt werden sollen, anhand der in diesen Leitlinien festgelegten Grundsätze vornehmen.“*

- Randnummer 108 der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen erhält folgende Fassung:

*„Diese Leitlinien gelten zwar nur für den Zeitraum bis 2022, sollten jedoch bereits den Boden für die Verwirklichung der Ziele des 2030-Rahmens bereiten. Insbesondere wird erwartet, dass die etablierten erneuerbaren Energien zwischen 2020 und 2030 im Netz wettbewerbsfähig werden, was bedeutet, dass Subventionen und Befreiungen von der Bilanzausgleichsverantwortung degressiv abgeschafft werden sollten. Im Einklang mit diesem Ziel werden die Leitlinien den Übergang zu einer kosteneffizienten Energieversorgung durch Marktmechanismen gewährleisten.“*

- Randnummer 246 der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen erhält folgende Fassung:

---

<sup>7</sup> In der durch die Mitteilung der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020 (C/2016/3514, ABl. C 231 vom 25.6.2016, S. 1) geänderten Fassung.

<sup>8</sup> Die angepasste Bevölkerungsobergrenze wird berechnet auf der Grundlage der Bevölkerungsdaten, die für die Erstellung ihrer ursprünglichen Karte verwendet wurden. Die angepasste Bevölkerungszuweisung für C-Fördergebiete ergibt sich durch Abzug der Bevölkerung der Gebiete, die in den nationalen Fördergebietskarten für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2020 als C-Fördergebiete ausgewiesen waren und nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 für Regionalbeihilfen in Betracht kommen.

*„Diese Leitlinien werden ab dem 1. Juli 2014 angewendet und ersetzen die am 1. April 2008 veröffentlichten Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Umweltschutzbeihilfen. Sie gelten bis zum 31. Dezember 2022.“*

- Randnummer 135 der Leitlinien für staatliche Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen erhält folgende Fassung:

*„Die Kommission wird die vorliegenden Leitlinien vom 1. August 2014 bis zum 31. Dezember 2022 anwenden.“*

- Randnummer 50 der Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) erhält folgende Fassung:

*„Diese Mitteilung gilt ab dem 1. Juli 2014 bis zum 31. Dezember 2022.“*